

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1975

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1971) : Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1975, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 12, pp. 652-658

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134341>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1975

Eberhard Thiel, Hamburg

Im Oktober 1971 wurde im Bundestag die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1975 eingebracht. Wie in jedem Jahr stand zunächst der Etatentwurf für 1972 im Mittelpunkt der Diskussion. Naturgemäß ist dieses erste Planungsjahr immer stark durch die aktuelle konjunkturelle Situation gekennzeichnet. Deshalb gibt der Etatentwurf Auskunft über die dem Staat bei der künftigen Konjunkturpolitik zuzugedachte Rolle. Nach Verabschiedung des Budgetgesetzes erhält die Planung für das erste Jahr Vollzugsverbindlichkeit. Für die späteren Jahre werden dagegen nur Orientierungsdaten angegeben. Das widerspricht keineswegs der Grundkonzeption, daß sich die Finanzplanungen für alle hier behandelten Jahre in den Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion der Bundesregierung einfügen sollen. Erst aus dieser integrierten Betrachtungsweise läßt sich auch ableiten, welche Rangordnung die im Regierungsprogramm enthaltenen und in der Finanzplanung artikulierten Maßnahmen untereinander und gegenüber der Konjunkturpolitik haben und wie sie im Zeitablauf realisiert werden sollen.

Unsichere Basiswerte

Da die künftigen Änderungen aller Budgetpositionen auf das laufende Budgetjahr 1971 bezogen werden, sollten vor der Betrachtung der Finanz-

Dr. rer. pol. Eberhard Thiel, 39, Dipl.-Volkswirt, leitet im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg die Abteilung Finanzpolitik und Raumordnung.

planung noch einige Hinweise auf dieses Basisjahr gegeben werden. In den neueren offiziellen Rechenwerken wird für 1971 ein Ausgaben-Soll von 98,35 Mrd. DM angegeben. Ursprünglich wurde der Etat jedoch mit einem Volumen von 100 Mrd. DM verabschiedet. Zu dieser Reduktion führten die mehr technischen Ausklammerungen einiger auf die Europäischen Gemeinschaften bezogener Finanzierungsströme. Daneben sind aber noch die Etateinschränkungen vom Mai 1971 und die unvorhergesehenen Variationen während des Budgetvollzugs zu berücksichtigen. Die Bezugsbasis 1971 bleibt somit zunächst noch recht unsicher. Allein aufgrund der Reduktionen ist aus jetziger Sicht durchaus zu vermuten, daß die in bezug auf 1971 konzipierte Steigerungsrate des Bundeshaushalts für 1972 höher als 8,4% sein dürfte.

Abgesehen von den generellen Risiken und Unsicherheiten, wie sie jede Planung enthält, sind im Jahre 1972 noch erhebliche Abweichungen von den projizierten Werten zu erwarten. So sind auf der Ausgabenseite explizit vorerst noch globale Einsparungen von 1,2 Mrd. DM vorgesehen, die noch keineswegs zugerechnet werden konnten. Auch gibt es einige Ausgabepositionen wie die Finanzierung internationaler Verteidigungslasten, die noch einer exakten Klärung harren. Insgesamt dürften dadurch die Staatsausgaben mit einer nicht unerheblich höheren Rate als geplant, jedoch geringer als 1971, zunehmen. Auch auf der Einnahmenseite weisen etliche Positionen einen hohen Unsicherheitsgrad auf. Als Beispiele seien die sich schon abzeichnende Herabsetzung der Steuerschätzung um etwa 5 Mrd. DM und die laufenden Verhandlungen um eine Anhebung des Länderanteils am Aufkommen der Mehrwertsteuer

erwähnt. Die Erhöhungen einiger Verbrauchsteuern ab 1972 sind dagegen schon berücksichtigt worden. Durch diese Unsicherheiten könnte der Bund zu einer noch höheren Nettoverschuldung gezwungen werden. Am Rande zu erwähnen ist noch die etwas ungewöhnliche, das effektive Volumen der Bundesausgaben für 1972 nicht vollständig sichtbar machende Budgetpraxis, durch die einige spezielle Ausgabearten nicht im Etat erscheinen. Dadurch enthält die vorliegende mittelfristige Finanzplanung bereits an der Basis einige Unsicherheiten, die eine Beurteilung der Planungen für die folgenden Jahre erschweren.

Zunahme der Bundesausgaben um 33 %

Eine Analyse der vorliegenden Projektionen zeigt zunächst erhebliche Steigerungen der absoluten Volumina der Bundeshaushalte für die Zeit von 1971 bis 1975. Während das modifizierte Soll des Jahres 1971 bei 98,35 Mrd. DM liegen soll, wird für das Jahr 1975 eine Ausgabensumme von 131,4 Mrd. DM geplant. Bei einem gesamtwirtschaftlichen Deflator von 33 %, der gegenüber den Planungen von 1970 um 1 % erhöht wurde, verbleiben immerhin noch reale Steigerungen von durchschnittlich 4,2 % pro Jahr. Diese Werte dürfen jedoch wegen der unsicheren Preisentwicklung nicht überbewertet werden; die realen Steigerungen können durchaus unter dem angegebenen Durchschnittswert liegen, was sicherlich für 1972 zutreffen dürfte.

In den früheren Jahren war der Finanzplanung stets eine Aufteilung der künftigen Bundesausgaben nach den Einzelplänen der Ministerien beigefügt. In diesem Jahr hat die Bundesregierung auf die Vorlage einer solchen Aufteilung für die Jahre nach 1972 verzichtet. Die bisherigen Erfahrungen mit sich verändernden Kompetenzen mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Wichtiger dürfte der Wunsch nach Vermeidung einer zu starren Festschreibung der Ausgabenvolumina und damit der Ansprüche der einzelnen Ministerien gewesen sein. Ein größerer Verhandlungsspielraum für interministerielle Verhandlungen soll dadurch gesichert bleiben, daß die Ausgabenbedarfe lediglich nach wichtigen Aufgabenbereichen dargestellt werden. Bei der Analyse der Ausgabenplanung ist noch darauf zu achten, daß für die Jahre 1973 bis 1975 die Verstärkungsmittel im Personalsektor global ausgewiesen werden und globale Minderausgaben nicht nur für 1972, sondern in Höhe von 1,08 Mrd. DM auch für das Jahr 1973 eingestellt wurden. Direkte Vergleiche dieser Planungen mit früheren Projektionen sind auch wegen der noch zu behandelnden Neuregelung im Agrarsektor nicht möglich. Die 1971 noch ausgewiesenen Planungsreserven sind nunmehr auch

fortgefallen, was die Einengung der finanzpolitischen Dispositionsfreiheit des Bundes drastisch demonstriert.

Für die Jahre bis 1975 ergeben sich folgende Planungsansätze. Wie bisher sollen die absolut höchsten Beträge für die soziale Sicherheit und die Verteidigung aufgewandt werden. Im Sozialwesen werden besonders die Zuschüsse des Bundes zu den Trägern der Sozialversicherung im Durchschnitt um 14 % pro Jahr aufgestockt, wobei für 1972 die teilweise Abgeltung durch Übertragung von Bundesschatzbriefen außerhalb des Budgets zu berücksichtigen ist. Kriegsfolgelasten werden im Jahre 1975 immer noch 8,9 % der Gesamtausgaben ausmachen. Die Verteidigungsaufwendungen werden von 22 Mrd. DM im Jahre 1971 auf 28 Mrd. DM im Jahre 1975 ansteigen. In absoluten Größen werden auch die Aufwendungen für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen stark zunehmen. Besonders die Aufwendungen für den Straßenbau weisen hohe Zuwachsraten auf.

ich
rechne
mit der BfG*)

***) BfG**
Bank für Gemeinwirtschaft
*Wenn ich Geld anlegen
will. Oder wenn ich Geld brauche.*

Hohe Zuwächse bei Bildung und Forschung

Bemerkenswert ist der anhaltende Trend, die Aufwendungen des Bundes für das Bildungswesen insgesamt zu steigern, so daß bis 1975 ihr Anteil an den Bundesausgaben 7,2% betragen wird. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate liegt mit knapp 20% weit über dem Wachstum der Bundesausgaben insgesamt; während 1971 dafür 4,6 Mrd. DM ausgegeben wurden, sieht die Planung für 1975 einen Betrag von 9,5 Mrd. DM vor.

Die Hochschulen werden daran mit 2,3 Mrd. DM, die Forschung mit 5,4 Mrd. DM beteiligt sein. Hohe Zuwachsraten – wenn auch auf niedrigem Niveau – zeigen die Ausgabenplanungen für Gesundheit, Sport und Erholung, wozu auch einige Ansätze für den Umweltschutz zählen. Die Aufwendungen zur Förderung des Wohnungsbaus seitens des Bundes werden sich pro Jahr um 1,5 Mrd. DM bewegen. An interessanten Einzelpositionen sind schließlich noch die Ausgaben für Spar- und Wohnungsbauprämien zu nennen, die sich 1975 gegenüber 1971 fast verdoppeln werden und dann 5,3 Mrd. DM ausmachen sollen. Die Entwicklungshilfe soll von 2,5 Mrd. DM auf 3,3 Mrd. DM ansteigen. Ebenfalls steigende Tendenz weisen die Ausgaben für den Umweltschutz und die Förderung des Städtebaus auf. Für die mittelfristige Betrachtung erscheint die Zunahme des Schuldendienstes auf einen Anteil von 3,9% der Gesamtausgaben im Jahre 1975 bemerkenswert zu sein.

Besonderheiten im Agrarsektor

Gegenüber der bisherigen Praxis weisen die künftigen Planungen im Bereich der Landwirtschaft einige Besonderheiten auf. Auf den ersten Blick hat dieser Bereich eine erhebliche Verminderung seiner Bedeutung im Bundeshaushalt hinzunehmen. Während 1971 die Ausgaben noch 3,8 Mrd. DM betragen, werden es 1975 nur noch 2,3 Mrd. DM sein. Durch die schrittweise Übertragung einzelner, bisher nationaler Einnahmearten an die Europäischen Gemeinschaften (Teile der Zölle, Abschöpfungen, später Anteil an der Mehrwertsteuer) werden die Einnahmen des Bundes geschmälert. Die eigenen Einnahmen der Europäischen Gemeinschaften (soweit sie die BRD betreffen) steigen von 1,97 Mrd. DM im Jahre 1971 auf 4,6 Mrd. DM im Jahre 1975. Dagegen werden die Marktordnungsausgaben des Bundes vermindert, da diese nunmehr direkt von den Europäischen Gemeinschaften geleistet werden. An Marktordnungsausgaben fließen in die BRD im Jahre 1971 2,1 Mrd. DM und 1975 1,9 Mrd. DM.

Faßt man die Ausgabenplanungen nach einem anderen Schema zusammen, so werden die Per-

sonalausgaben für 1971 bis 1975 um 29% und die Sachinvestitionen des Bundes um 32% steigen; beide Ausgabearten weisen jedoch im Vergleich zur Veränderung der gesamten Bundesausgaben unterproportionale Wachstumsraten auf. Stärker steigen sollen der laufende Sachaufwand, die Zinsen und die laufenden Zuweisungen an Verwaltungen, ebenso die Vermögensübertragungen an Gebietskörperschaften und andere Sektoren.

Umstrittene Schätzungen auf der Einnahmenseite

Bei der Einnahmenseite handelt es sich zunächst um recht globale und wie stets um sehr umstrittene Schätzungen, wonach die Steuereinnahmen von 92,3 Mrd. DM auf 119 Mrd. DM am Ende der Planungsperiode ansteigen sollen. Die Verwaltungseinnahmen werden leicht sinken, so daß insgesamt eine Nettokreditaufnahme des Bundes von 1,5 Mrd. DM 1971, von 4,7 Mrd. DM 1972 und von 8,4 Mrd. DM im Jahre 1975 geplant ist. Die hier eingesetzten Werte für die Nettokreditaufnahme sind erfahrungsgemäß doch nur vorläufige Salden, die von der jeweiligen konjunkturellen Situation stark beeinträchtigt werden. Außerdem ist bei den Steuereinnahmen in Zukunft die für 1974 konzipierte Steuerreform und die anstehende Umverteilung der Einnahmequellen der Gebietskörperschaften zu beachten.

Die mittelfristige Finanzplanung strebt nicht nur eine isolierte Information über die künftige Höhe und Struktur der Tätigkeit einzelner staatlicher Körperschaften an, sondern erhält ihren besonderen Wert durch die Einbettung in die gesamtwirtschaftliche Zielprojektion. Dadurch sollen die Rolle des Staates im Rahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung markiert und den privaten Sektoren spezielle Orientierungsdaten geliefert werden.

Das Jahr 1971 wird wohl das erste seit 1967 sein, in dem der öffentliche Gesamthaushalt eine höhere Wachstumsrate aufweist als das Bruttosozialprodukt. Auch für 1972 ist diese Konstellation zu erwarten, speziell für den Bundeshaushalt. Während das Bruttosozialprodukt 1972 um 7% steigen soll, ist für den Bundeshaushalt eine Steigerungsrate von 8,4% vorgesehen. Neuere Projektionen nehmen jedoch nur eine Steigerung des Bruttosozialprodukts von 6% an; da die Staatsausgaben und darunter auch die Bundesausgaben aber stärker steigen werden als geplant, würde die Bedeutung des Staates weiter ansteigen. Sollte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung jedoch noch langsamer verlaufen, so würde durch den Einsatz des Eventualhaushalts des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. DM die abgeleitete Tendenz noch verstärkt. Dabei

sei darauf verwiesen, daß die Manövriermasse des Bundes für konjunkturpolitische Maßnahmen keineswegs auf diese durch die Konjunkturausgleichsrücklage gedeckten 2,5 Mrd. DM beschränkt ist.

Nur geringe Erhöhung des „Staatsanteils“

Bei einer Betrachtung der Rolle des Staates und hier speziell des Bundes im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist es überraschend, daß für die Jahre bis 1975 insgesamt nur eine durchschnittliche Steigerung des Bundesetats von 7,5% jährlich angesetzt ist, während das Bruttosozialprodukt in diesem Zeitraum mit einer jährlichen Durchschnittsrate von immerhin 7,7% wachsen soll. Da von der Steigerung des Bundeshaushalts schon sehr viel im Jahre 1972 vorweggenommen werden dürfte, ergibt sich für die späteren Jahre eine erheblich geringere Steigerung des Bundesetats im Vergleich zum Bruttosozialprodukt. Wenn man außerdem noch berücksichtigt, daß der öffentliche Gesamthaushalt von 1971 bis 1975 jährlich um durchschnittlich 7,5% bis 8% zunehmen soll, ist ein leicht sinkender Bundesanteil am Gesamthaushalt und an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu verzeichnen. Die Expansion des Staatssektors insgesamt dürfte nur gering über dem Wachstum des Bruttosozialprodukts liegen.

Es scheint also, als ob die früher konzipierte stärkere Expansion des staatlichen Sektors in dieser Planungsperiode nur sehr zögernd realisiert werden soll. Besonders die Tatsache, daß die Expansion des Bundeshaushalts sogar unterproportional verlaufen wird, könnte aufgrund der Leitfunktion der Bundesaktivitäten mittelfristig eine stärkere Expansion des staatlichen Sektors hemmen.

Überraschende Zurückhaltung

Bisher ist diese Entwicklung in den Finanzplanungen mit dem Hinweis auf die jeweils angespannten aktuellen Konjunktursituationen begründet worden. Wenn man die Jahre 1971 und 1972 einmal ausnimmt, so scheint eine überproportionale Expansion des Staatssektors im Vergleich zum privaten Bereich weiterhin stark zu konkurrieren mit

der Sicherung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Sicherlich kommt der Erreichung eines dynamisch interpretierten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eine erhebliche Schlüsselfunktion zu, die auch für die Erreichung gesellschaftspolitischer Ziele entscheidend ist. Dennoch überrascht es, daß eine stärkere staatliche Expansion hinausgeschoben wird; denn ein Zögern im Einsatz finanzpolitischer Mittel zur Erreichung eines zeitgemäßen gesellschaftspolitisch befriedigenden Gleichgewichts zwischen den beiden Sektoren wird sich schon mittelfristig auch negativ auf die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele auswirken.

Zur Illustration sei hier nur auf den Bereich der Infrastruktur verwiesen. Die nur leicht überproportionale Steigerung des gesamten staatlichen Sektors dürfte zu deren Verbesserung noch wenig beitragen. Da der Konflikt zwischen beiden Zielen – von wenigen Ausnahmesituationen abgesehen – ständig bestehen dürfte, ließe sich eine höhere Qualität der Leistungsabgabe des öffentlichen Sektors eventuell durch die schon oft diskutierten strukturellen Umschichtungen innerhalb des Etats realisieren; einem solchen Vorhaben sind aber kurzfristig wohl enge Grenzen gesetzt. Hierbei käme es nicht nur auf eine Umstrukturierung zugunsten eines höheren staatlichen Investitionsvolumens an, sondern auch auf eine Steigerung der Effektivität der vom Staat beschäftigten Produktionsfaktoren.

Relative Stagnation der staatlichen Investitionen

Bekanntlich ist eine Überbetonung der Trennung der Staatstätigkeit in Verbrauchs- und Investitionselemente unter Wachstumsgesichtspunkten nicht sinnvoll, denn Infrastrukturinvestitionen benötigen zur Erreichung ihrer optimalen Leistungsabgabe erhebliche Personal- und laufende Sachaufwendungen. So kann man sicherlich nicht global bei einem überproportionalen Wachstum der Verbrauchsausgaben des Staates auf eine relativ verminderte Effizienz der Staatstätigkeit schließen. Dennoch dürfte eine unzureichende Ausstattung der Volkswirtschaft mit öffentlichen Kapitalgütern für das künftige Wachstum ein erhebliches Handicap darstellen.

Ganz groß im Service

 Hapag-Lloyd AG

In der gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion ist nun ein Absinken des Anteils der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt von 26,6% im Jahre 1970 auf 25,7% im Jahre 1975 projiziert worden. Der Hinweis auf die Entwicklung der relativen Preise dürfte diese Tendenz nicht befriedigend erklären. In diesen Werten sind private und öffentliche Investitionen enthalten. Aus den Andeutungen der Finanzplanung läßt sich nun ableiten, daß die staatlichen Sachinvestitionen mit etwa der gleichen durchschnittlichen Jahresrate wachsen sollen wie das Bruttosozialprodukt; sie werden dann auch 1975 mit einem Anteil an der Verwendung des Bruttosozialprodukts von 4,4% nur unwesentlich über ihrem Anteil von 1970 (4,3%) liegen. Da die staatlichen Sachinvestitionen in einem komplementären Verhältnis zur privatwirtschaftlichen Aktivität stehen, ist hier kaum mit einer durchgreifenden Beseitigung des Infrastrukturengpasses zu rechnen.

Diese Problematik läßt sich auch für die „investiven Ausgaben“ des Bundes zeigen, die neben den Sachinvestitionen des Bundes auch Finanzie-

rungshilfen für Investitionsvorhaben Dritter enthalten. Während in der Finanzplanung 1971 für die Zeit von 1970 bis 1974 ein Anstieg um 48% postuliert wurde, verminderte sich dieser Ansatz in der vorliegenden Planung für die Jahre 1971 bis 1975 auf 29,9%. Außerdem ist hier auf die inflationäre Entwicklung zu achten, die z. B. für 1972 eine Abnahme der realen Anlageinvestitionen insgesamt bewirken dürfte.

Dieses negative Fazit wird nur begrenzt kompensiert durch die Zunahme des Anteils des Staatsverbrauchs von 15,9% auf 17,6% des Bruttosozialprodukts im Jahre 1975. Zwar wird eine Verminderung des Anteils des privaten Verbrauchs von 54,3% auf 53,8% für 1975 projiziert, jedoch dürfte eine befriedigende Versorgung der Gesellschaft mit Staatsleistungen erst bei einer stärkeren Reduktion dieses Anteils erreicht werden können.

**Begrenzte Hinweise
auf die zukünftige Tätigkeit**

Die Beurteilung der künftigen Staatstätigkeit im Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung wird in zunehmendem Maße dadurch erschwert, daß die Finanzplanungen der einzelnen Gebietskörperschaften nicht konsolidiert vorliegen. Die hier besprochene Planung des Bundes bedarf dringend der Ergänzung mindestens durch die Finanzplanungen der Länder und der Sozialversicherungsträger. Die im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Projektion angegebenen globalen Veränderungen im Tätigkeitsbereich der Gebietskörperschaften und des Staates können eine detailliertere Aufteilung nicht ersetzen. Hinzu kommt, daß in Zukunft außerdem bei einer Beurteilung der Aktivität des staatlichen Sektors in der BRD nicht mehr allein die Steigerungsrate der inländischen staatlichen Körperschaften relevant ist, sondern daß außerdem noch die Finanzströme zu beachten sind, die die BRD mit den Europäischen Gemeinschaften verbinden.

Diese Überlegungen sind besonders im Zusammenhang mit finanzpolitischen Maßnahmen zur Konjunkturpolitik und zur Einkommensumverteilung nicht ohne Bedeutung. Die mit der mittelfristigen Finanzplanung erstrebte größere Transparenz der Staatstätigkeit droht ohne Berücksichtigung der Planung aller staatlichen Bereiche ins Gegenteil umzuschlagen. Für spezielle Funktionen und Aufgabenbereiche ist die Bundestätigkeit keineswegs repräsentativ, sondern hat häufig nur marginale Bedeutung. Aus der vorliegenden Finanzplanung des Bundes lassen sich in der Tat nur begrenzt Hinweise auf die künftige Staatstätigkeit und ihre Wirkungen ablesen.

Ausländisches Wirtschaftsrecht

Systematischer Arbeitskatalog für die Praxis

von Dr. jur. M. WITTENSTEIN, Rechtsanwalt

Ergänzbare Ausgabe 156 Seiten, DIN A 5, einschl. Plastik-Spezialordner DM 28,-. Ergänzungen von Fall zu Fall.

Die Verflechtung der inländischen mit der ausländischen Wirtschaft wächst in zunehmendem Maße. Damit rückt für die Wirtschaft und ihre Berater das ausländische Wirtschaftsrecht immer mehr in den Vordergrund.

Wittenstein entspricht mit seinem Werk einem echten Bedürfnis der Praxis. Alle rechtlichen Fragen, die bei Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kaufleuten der BRD und des Auslandes täglich auftreten können, hat der Autor in Form einer checklist zusammengefaßt. Die Überschaubarkeit wird noch erleichtert durch den einheitlichen Aufbau der einzelnen, jeweils nach Ländern unterteilten Abschnitte.

Je Land ist gegliedert in die Abschnitte:

1. Das auf Verträge anwendbare Recht; 2. Handelsvertreterrecht; 3. Vertragshändler; 4. Kaufvertrag; 5. Sicherung des Kaufpreises; 6. Kartellrecht; 7. Lizenz-, Know-how-Vertrag; 8. Wichtige Gesellschaftsformen; 9. Rechtsverfolgung.

Nach diesem Schema wird das Wirtschaftsrecht der europäischen Staaten im Verhältnis zur BRD behandelt. Außereuropäische Länder sollen später ebenfalls noch dargestellt werden.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Berlin - Bielefeld - München